

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE

DER SOWJETISCHEN

BESATZUNGSZONE

DEUTSCHLANDS

IM ERSTEN HALBJAHR 1965

Im ersten Halbjahr 1965 ist nach den offiziellen Angaben der Plan der Warenproduktion erfüllt und eine Wachstumsrate erreicht worden, die über der geplanten lag. Allerdings ist dabei in wichtigen Industriezweigen — vor allem in der metallverarbeitenden Industrie — gegenüber dem Planziel ein mehr oder weniger starker Rückstand geblieben. Diese Industriezweige bilden neben der chemischen Industrie nach wie vor den Schwerpunkt der staatlichen Wirtschaftspolitik und haben für die binnenwirtschaftliche, aber auch für die außenwirtschaftliche Entwicklung der SBZ eine entscheidende Bedeutung. Jeder Produktionsrückstand führt zu Störungen in anderen Wirtschaftsbereichen.

Für das erste Quartal dieses Jahres war eine Zunahme der industriellen Warenproduktion von 6,8 vH bei einer um 6,5 vH gesteigerten Arbeitsproduktivität gemeldet worden. Besonders hervorgehoben wurden die Produktionserhöhungen beim Schwer- und Transportmaschinenbau mit 12 vH¹⁾, beim Werkzeugmaschinenbau und der Automatisierung um 14 vH und bei der Elektrotechnik um 10 vH. Außer einigen chemischen Grund- und Halbstoffen wurden jedoch auch im ersten Quartal spanende Werkzeugmaschinen, Industriearmaturen und andere Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie nicht in der vorgesehenen Menge hergestellt.

Ein wichtiges Problem sei die allseitige Realisierung des Planes „Einführung der Neuen Technik“. In vielen Industriezweigen sei die Qualitätserzeugung auf einige wenige Betriebe konzentriert. Noch immer beträgt der Rückstand gegenüber dem Niveau der in Westdeutschland zu verzeichnenden Arbeitsproduktivität 25 vH. Der Maschinenpark werde nicht genügend ausgenutzt — eine Parallele zur Situation in der Sowjetunion, wo nach amtlichen Berichten von 1961 bis 1964 die Bestände der unausgenutzten Maschinen und Anlagen um 80,3 vH zugenommen haben.

1) „Neues Deutschland“, Ost-Berlin, vom 13. 7. 1965.

Beseitigung von Fehlern soll Reserven erschließen

In der selbstkritischen Diskussion taucht immer wieder die Parole auf, daß eine bessere Erfassung und Aktivierung der Reserven erforderlich sei. Hier handelt es sich aber nicht um echte Reserven unserer Vorstellung etwa im Sinne zusätzlicher Kapazitäten, sondern einfach um die Beseitigung von Fehlerquellen. Nach über fünfzehnjähriger Planwirtschaft ist „die Entwicklung einer wissenschaftlich vorausschauenden Planung in der Materialwirtschaft, die der schädlichen Entwicklung des ständigen Steigens der verbraucherseitigen Bestände Einhalt gebietet und zu technisch-ökonomisch begründeten Dispositionen vor allem im Großhandel führt“²⁾, nicht etwa eine Realität, sondern noch immer ein unerreichtes Ziel.

Planungsfehler

Jetzt rächt sich, daß viele Jahre hindurch versucht werden mußte, eine möglichst lückenlose Industrieproduktion aufzuziehen und — wie unter dem Einfluß autarkischer Vorstellungen — alles selbst machen zu v/ollen, anstatt die Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung auszunutzen. „Die starke Export- und Importabhängigkeit unserer nationalen Volkswirtschaft zwingt uns, im Unterschied zu anderen sozialistischen Ländern, den Export als ein wesentliches Kriterium bei der Festlegung der Vorrangigkeit des Wachstums der einzelnen Industriezweige zu beachten.“ Die bisherige Planung hat diesen Forderungen nicht im erforderlichen Maße Rechnung getragen. Den sehr beachtenswerten Hinweis des Mitgliedes des Politbüros *Alfred Neumann*³⁾ auf die spezifische Situation der dortigen Wirtschaft hat er durch das Verlangen nach einer Planungsorientierung auf Erzeugnisse, „die unserer Republik besonders auf dem kapitalistischen Weltmarkt ökonomische Vorteile bringen“, mit einer Tendenz versehen, die dem Streben anderer Ostblockländer entspricht, den Wirtschaftsverkehr mit Ländern außerhalb des Rubelbereiches zu verstärken und ihr wirtschaftliches Schicksal nicht allein mehr in der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu meistern.

Diese stärkere außenwirtschaftliche Orientierung verstärkt die schon vorhandenen Schwierigkeiten in der Grundlagenplanung der volkswirtschaftlichen Entwicklung. „Wir haben in der Vergangenheit dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und ihrer Zweige wohl eine allgemeine theoretische, aber in der Praxis

2) „Neues Deutschland“, Ost-Berlin, vom 1. 5. 1965.

3) „Neues Deutschland“, Ost-Berlin, vom 1.5.1965.

nicht genügend ökonomisch fundierte Beachtung geschenkt." Wenn schon die Grundlagen eines organischen Wirtschaftswachstums nicht genügend von der Planungsbürokratie berücksichtigt worden sind, um wieviel schwerer wird sie es haben, sich viel intensiver als bisher auf außenwirtschaftliche Verflechtungen einzustellen. „Die planmäßige, bilanzierte Herausnahme der Erzeugnisse, die aus unserem Produktionsprofil zu verschwinden haben, findet bei den Planern bisher nur geringe Beachtung.“⁴⁾

Der außenstehende Beobachter muß sich bei so harter Kritik führender Parteifunktionäre fragen, warum diese besseren Einsichten nicht auch in der Planungspraxis zu finden sind; denn dort sind doch keine selbständigen oder gar unabhängigen Kräfte wirksam. Neumann steht ja auch nicht allein mit seiner Kritik. Funktionäre aus der Wirtschaftsverwaltung äußerten sich in einem Interview mit der offiziellen Fachzeitschrift *Die Wirtschaft*⁵⁾ noch gezielter. In der Entwicklung der Produktion für den Außenhandel müsse es ganz entschieden um den Grundsatz der Devisenrentabilität gehen. „Der Nutzeffekt des Außenhandels spielt gegenwärtig nur eine untergeordnete Rolle. Im wesentlichen wird der Außenhandel heute noch so geplant wie vor Jahren. Geplant werden Kontingente und Mengen zum Ausgleich der Bilanz.“ Schlecht hin das Exportvolumen auszuweiten, um die für den Import von Rohstoffen, Maschinen, Anlagen und Lebensmitteln notwendigen Devisen zu sichern, reiche nicht aus. „Die jährlich wachsende Zahl neuer Erzeugnisse geht vielfach auf Kosten des echten, ökonomisch verwertbaren Neuheitsgehaltes der einzelnen Erzeugnisse. Die Breite des Sortiments gestattet es nicht, die wissenschaftlich-technischen Kapazitäten und die materiellen Aufwendungen für die Technologie so zu konzentrieren, daß uns neue Erzeugnisse auch einen hohen Exporterlös sichern. Beispielsweise ist der Produktionswert je neues Erzeugnis von 1962 bis 1964 ständig abgesunken.“

Wenn der Kostendruck dahinter stehen würde und die Produktionsleistung sich im Wettbewerb am Markt bewähren müßte, dann wäre es undenkbar, daß vor verantwortlichen Wirtschaftsfunktionären betriebswirtschaftliche Binsenwahrheiten als bisher nicht erreichtes Ziel diskutiert werden könnten. So aber müssen sie aufgefordert werden, nicht Betriebe zu begünstigen, die mit hohen Selbstkosten und teurem Einsatzmaterial arbeiten. Daß es unbedingt notwendig ist, zur Sicherung einer kontinuierlichen Produktion ständig die erforderliche Vorratshaltung bei Rohstoffen, Hilfsmaterialien usw. nach den einzelnen tech-

nologischen Prozessen und Erzeugnissen zu analysieren, sollte in einer modernen Industriebürokratie ebenfalls selbstverständliches Gebot, aber kein Wunschziel sein.

Weil aber in der totalen Staatsplanwirtschaft der SBZ eine Auslese durch die Marktkonkurrenz nicht möglich ist, muß an ihre Stelle die staatliche Anordnung, unter Umständen sogar ein gerichtliches Urteil mit Strafen und Auflagen treten. Die Bürokratie muß sich mit Problemen herumschlagen, die sich in einer Wettbewerbswirtschaft zwangsläufig von selbst regeln. Trotz des Beschlusses des Ministerrates der SBZ vom Dezember 1963 zur Sicherung der Ersatzteilversorgung drücken sich viele Betriebe um die Herstellung von Ersatzteilen mit der Ausrede, ihre Kapazitäten seien für die Erfüllung der Produktionspläne ausgelastet. Die Gefahr von Absatzstörungen wegen der von den Kunden später vergeblich gewünschten Versorgung mit Ersatzteilen besteht in diesem System nicht. Der Abnehmer ist auf den Lieferanten „planmäßig“ angewiesen. Ihm bleibt nur das „Staatliche Vertragsgericht“. Welchen Wert hat denn ein Maschinenbau, der die schnell verschleißenden Teile wie Kolbenringe, Stopfbuchspackungen, Ventile und Dichtungen später nicht laufend durch Ersatzteillieferungen ersetzen kann? So mußte ein höchstrichterliches Urteil festlegen, daß die Endproduzenten die Ersatzteilversorgung für 15 Jahre zu sichern hätten bei einer Lieferfrist von längstens zwölf Monaten.

Ein weiteres, sehr wichtiges Problem ist die laufende Instandhaltung des Maschinenparks. Auch sie ist in der Industrie der SBZ noch keine Selbstverständlichkeit. Sie muß ebenfalls erst angeordnet werden. „Man muß sich darüber klar sein, daß uns die eingetretenen Versäumnisse auf dem Gebiet der Instandhaltung schon heute Millionen kosten und die Produktivität der Fertigung stark belasten.“ Bis 1970 sollen etwa 80 vH aller Ausrüstungen durch die „planmäßig vorbeugende Instandhaltung“ (PVI) erfaßt sein. 1964 war das im Maschinenbau nur bei 15 bis 20 vH der Fall, und der Anteil der generalreparierten Maschinen betrug sogar nur 2,5 vH.

Materialwirtschaft

Und wie sieht es schließlich mit der Materialversorgung in der Industrie aus? Den Faktor Lohnkosten konnte die SED rigoros reduzieren. Das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten in der sozialistischen Industrie stieg beispielsweise 1962 nur um 0,86 vH und 1963 um 1,5 vH. Dem Faktor Materialkosten ist man mit der Industriepreisreform zu Leibe gegangen, um über erhöhte Preise zu sparsamer Verwendung zu zwingen. 60 bis 80 vH der Kosten eines Erzeugnisses entfallen im Durchschnitt nach amtlichen Angaben auf

4) „Neues Deutschland“, Ost-Berlin, vom 1. 5. 1965.

5) „Die Wirtschaft“, Ost-Berlin, Jahrg. 1965, April/Mai.

Materialkosten. Die Materialwirtschaftler müssen die Konstruktionen der Ingenieure prüfen, ob das Verhältnis Materialaufwand und Kosten einerseits, Funktion der Neuentwicklung und zu erwartende Werkabgabepreise andererseits vom kaufmännischen Standpunkt aus wirtschaftlich vertretbar ist. Auch hier muß die Bürokratie den Markt ersetzen. Die SED erhob die Forderung, die Wahlversammlungen der Betriebsparteiorganisationen sollten Fragen der besseren Plandisziplin, des sparsamsten Umgangs mit Material und einer besseren Ordnung im Betrieb in den Mittelpunkt der Aussprache rücken.

Die SBZ sei der größte Importeur von Walzstahl in der Welt. Es sei jedoch schwierig gewesen, „gewisse Sorten in den benötigten Mengen zum richtigen Zeitpunkt zu beschaffen“. Auf der Leipziger Frühjahrsmesse wies der stellvertretende Außenhandelsminister der Zone, *Behrendt*, auf die Absicht hin, die Eisen- und Stahlimporte 1965 aus westlichen Ländern stark zu erhöhen. Obwohl die Bundesrepublik zur Jahresmitte wieder auf den Barausgleich der Interzonenhandelskonten verzichtete und das Guthaben auf dem Konto 2 (weiche Waren; Textilien, Porzellan oder Ernährungsgüter) in Höhe von 50 Mill. DM Verrechnungseinheiten (= 50 Mill. DM-West) zum Bezug von harter Ware, also von Eisen, Stahl und Maschinen freigab, sollen solche Importe vorwiegend aus Schweden, Großbritannien und Österreich bezogen werden. Offensichtlich sind die dort einzuhandelnden Kreditbedingungen so günstig, daß der unbezweifelbare Vorteil des Interzonenhandels, nicht mit harter Valuta, sondern großenteils mit Massenwaren bezahlen zu können, dagegen an Bedeutung verliert. Die Pflicht zur Gegenleistung muß im Interzonenhandel jährlich erfüllt werden. Die Geschäfte mit anderen westlichen Lieferanten sind erheblich langfristiger. Allerdings sind diese nicht an Braunkohlenbriketts, hydriertem Benzin, Textil- und keramischen Massenerzeugnissen interessiert. Sie wollen Devisen oder Qualitätserzeugnisse. Devisenvorräte besitzt die SBZ überhaupt nicht. Der Export von Maschinen und Anlagen in westliche Länder ging von 12 vH 1960 auf 6 vH 1963 zurück. Die SBZ möchte im Gegenteil Maschinen und komplette Industrieanlagen aus dem Westen in steigendem Wert einführen. Behrendt sprach kürzlich von Milliardenimporten auf diesem Gebiet bis 1970. Womit also sollen westliche Lieferungen neben dem Interzonenhandel bezahlt werden?

Im April ist den Henschelwerken gestattet worden, für einen größeren Lieferauftrag der SBZ erstmals ein Zahlungsziel von acht Jahren zu geben. Mit dieser Methode könnte der Interzonenhandel elastischer abgewickelt werden. Aber dieser Handel ist ja für den westlichen Partner wirtschaftlich kaum, aber politisch bedeutsam, während die Interessenlage

für den östlichen Partner in verstärktem Maße entgegengesetzt ist. Der Wegfall der bisher von der Bundesrepublik bei Bezug von Mineralöl gewährten Subventionen an die SBZ — 1964 waren es immerhin 75 Mill. DM. — konnte dort allerdings als politische Entscheidung ausgeschlachtet werden; denn hinsichtlich solcher Subventionen wird nun die SBZ im Rahmen der EWG-Bestimmungen nach östlicher Sicht wie ein Drittland behandelt.

Neben den hier noch nicht erwähnten „Reserven“, sprich Fehlerquellen, wie noch nicht erreichte Gewährleistung einer kontinuierlichen Produktion, zu hoher innerbetrieblicher Transportaufwand und generell zu hohe Ausschußquote tritt eine weitere, sehr wichtige oft in den Hintergrund. Es handelt sich um die Tätigkeit der Hauptwerkstätten der chemischen Industrie. Sie haben die Anlagen und Maschinen instand zu halten, die Meß- und Regeltechnik zu überwachen, Leitstände zu bauen und vieles andere mehr. „Wir haben keine Kennziffern, wissen nie ganz genau, welche Arbeit am nächsten Tag gemacht werden muß. So leben wir mehr oder weniger von der Hand in den Mund.“⁶⁾ Aber nicht nur darunter leidet ihre Arbeit, sondern den dort Beschäftigten gegenüber argumentieren die Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre bei der Verteilung der Quartalsprämien, daß keine Prämien gezahlt werden könnten, weil es für sie keine Berechnungsbasis gäbe. „Ihr gehört ja gar nicht zur Produktion. Eure Leistungen kann man nicht nach Tonnen messen.“⁷⁾ Man kanzelte sie sogar als „Gleichmacher“ ab, weil sie Prämien forderten. Unter Gewerkschaftskollegen eine beachtliche Leistung! Fehlt aber der Leistungsanreiz, den die Prämien bedeuten, dann wird die Arbeit in den Hauptwerkstätten, Elektrowerkstätten und bautechnischen Abteilungen kaum zu bessern sein. In den Produktionsbereichen chemischer Betriebe erhielten beispielsweise Hilfsarbeiter Prämien von 200 bis 300 DM je Quartal.

Rentner und Arbeitskräfte

Fragen des Arbeitsschutzes, des Krankenstandes und der Weiterbeschäftigung von Rentnern dürfen bei der Beurteilung der Produktionsleistung der Industrie nicht vernachlässigt werden. Der Direktor der Sozialversicherung, *Lehmann*, hob selbst hervor, daß man sich in den Betrieben wohl gründlich um den Wettbewerb zur Planerfüllung kümmere, sich aber viel weniger mit den Arbeitsbedingungen, dem Arbeitsschutz und der Einhaltung der Arbeitszeit befasse. Der hohe Krankenstand bedeute einen Verlust von etwa 90 Millionen Arbeitstagen im Jahr. „Ein gewisser Teil unserer Mittel wird noch zu Unrecht von einzel-

6) „Neues Deutschland“, Ost-Berlin, vom 8. 7. 1965.

7) „Neues Deutschland“, Ost-Berlin, Tom 8. 7. 1965.

nen Bürgern in Anspruch genommen, die auf Kosten der Gesellschaft krank feiern und so die Vorzüge unserer sozialen Gesetzgebung ausnutzen." Außerdem gäbe es noch zu viele Überstunden. „Diese Mehrarbeit muß in der Regel noch dort geleistet werden, wo Planlosigkeit und Unordnung einen geregelten Produktionsablauf hemmen.“

In erheblichem Umfang sind Rentner als Arbeitskräfte tätig. Von den 3,1 Millionen im Rentenalter stehenden Personen gehen etwa 500 000 noch zur Arbeit. In Ostberlin waren Ende 1962 von der Altersgruppe der 65- bis 70jährigen über 60 vH berufstätig. Ihre Renten sind so niedrig, daß sich ihr Streben nach zusätzlichem Einkommen auf ideale Weise mit dem für die Wirtschaftsverwaltung bestehenden Zwang zur Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte verbindet. 1964 ist die Gesamtbevölkerung nach dem Ergebnis der Volkszählung um 149 000 Menschen gesunken. Selbst die Einwohnerzahl von Industriegroßstädten wie Halle, Zwickau und Potsdam ist gefallen. Die Arbeitsmarktlage verschärft sich weiter. Spürbare Rentenerhöhungen sind mit aus diesem Grund unterblieben. *Ulbricht* hatte 1959 versprochen, daß 1965 die durchschnittliche Altersrente auf etwa 215 DM erhöht sei.⁸⁾ Sie liegt jedoch bei 164 DM (Bundesrepublik rund 70 vH höher). Je Kopf der im Rentenalter stehenden Personen sind 1964 für Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung in der SBZ 2079 DM und in der Bundesrepublik 5235 DM — hier ohne freiwillige, betriebliche, soziale Leistungen — an staatlichen Mitteln aufgewendet worden.⁹⁾

Versorgungsprobleme

Mit der totalen Kollektivierung der Landwirtschaft gewann der Landmaschinenbau an öffentlichem Interesse, was doch gerade die stärkere Mechanisierung als besonderer Vorzug der kollektiven Bewirtschaftung gepriesen worden. Am 6. Februar 1965 veröffentlichte das ZK der SED im *Neuen Deutschland* einen offenen Brief an die Landmaschinenbauer, in dem starke Sorgen zum Ausdruck kommen. Die Maschinen seien insgesamt noch nicht leistungsfähig genug. Die westdeutsche Industrie sei auf diesem Gebiet erheblich weiter. Bis zu fünf Jahre liege man bei wichtigen Maschinen hinter dem Weltstand zurück. Das zeige sich an ungenügender Arbeitsleistung, hoher Störanfälligkeit, hohen Bedienungs- und Wartungskosten und überhöhten Fertigungskosten. Auch die Zulieferindustrie wurde kritisiert. Die Bereitstellung von wartungsfreien Lagern, dünnwandigem, hochwertigem Guß, Reifen, Melkstrümpfen und Profildgummi und leistungsfähigen kleinvolumigen Baugruppen der Hydraulik müßte noch spürbar verbessert wer-

den. Besonders kritisch sei die störungsfreie Versorgung mit Ersatzteilen der besten Qualität.

Die Auswirkungen dieser Situation kommen in der Feststellung des für die Landwirtschaft verantwortlichen Parteifunktionärs *Ewald* zum Ausdruck: „Der internationale Vergleich in den einzelnen Hauptproduktionszweigen zeigt, wo wir vorwärts gekommen sind und wo wir besondere Anstrengungen zur Aufholung der Rückstände machen müssen. Während wir zum Beispiel bei Schlachtschweinen an dritter und in der Hektarleistung Milch an fünfter Stelle liegen, haben wir in der Hektarleistung an Getreide nur den siebten, bei Kartoffeln nur den zehnten und bei Zuckerrüben nur den elften Platz.“¹⁰⁾ Früher lag die mitteldeutsche Landwirtschaft gerade bei Kartoffeln und Zuckerrüben klar an der Spitze.

Vom Jahre 1966 an sollen die Landwirtschaftsbetriebe durch bessere Preise und leistungsgerechtere Prämienberechnung zu besserer Arbeit angereizt werden. Das „sozialistische Bewußtsein“ allein hatte auch hier zu geringer Antriebskraft. Betriebe, die einen optimalen Plan aufstellen und ihn dann auch erfüllen, sollen höhere Prämien erhalten als die Planschummler, die die niedrig geplanten Zuwachsraten spielend überbieten konnten. Die Prämienätze für Schlachtvieh und Geflügel werden progressiv gestaffelt. Die Erfassungs- und Aufkaufpreise für die Erzeugnisse der tierischen Produktion werden erhöht, wobei eine zeitgerechte Ablieferung berücksichtigt wird.

Ob das Versprechen, die Versorgung mit Futtermitteln und Dünger zu verbessern, im kommenden Jahr eingehalten werden wird, ist noch offen. Auch hier ist die Skepsis der Landwirtschaftsbetriebe — wie bei der Mechanisierung ihrer Arbeit — berechtigt. Die Bauern mußten wohl seit dem Mai 1960 die gesamte Felderwirtschaft in den Produktionsgenossenschaften kollektivieren, aber die tierische Produktion wird in der ersten Stufe der Kollektivierung noch individuell gehandhabt. Die LPG der Stufe 1 sind noch immer am weitesten verbreitet, trotz der starken Bemühungen der SED nach totaler Kollektivierung der Arbeit in den Betrieben der zweiten und dritten Stufe. Vergleicht man diese Situation mit den oben genannten offiziellen „Platzziffern“, so werden die Zusammenhänge noch klarer; denn in der völlig kollektivierten Felderwirtschaft sind die Leistungen am niedrigsten. Bei der tierischen Produktion haben „Privatinitiative“ und gewinnbezogener Leistungswille noch einen gewissen Spielraum.

Im Frühsommer dieses Jahres gab es bei der Kartoffelversorgung wieder die jahreszeitlich üblichen Störungen und Ausfälle. Auch die

8) „Neues Deutschland“, Ost-Berlin, Tom 2. 10. 1959.

9) „Wochenbericht des DIW, Berlin“, vom 5. 5. 1965.

10) „Neues Deutschland“, Ost-Berlin, vom 5. 5. 1965.

Belieferung mit Gemüse ist sehr unterschiedlich und mit Obst ausgesprochen schlecht. Dies ist mit dadurch beeinflusst, daß die einschlägigen Produzenten des COMECON Ausfuhren gegen harte Valuta der Rubelverrechnung im Ostblock vorziehen. Nach offiziellen Angaben liegt der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleischwaren in der SBZ etwa um 15 vH und an Eiern um 50 vH unter dem in der Bundesrepublik. Für Milch und Molkereiprodukte sowie Nahrungsmittel liegen keine amtlichen mitteldeutschen Angaben vor. Daß der Verbrauch an Kaffee noch nicht einmal halb so groß ist wie in der Bundesrepublik, überrascht nicht. Der höhere Verbrauch an Roggen- und Weizenmehl in der SBZ kennzeichnet das insgesamt schlechtere

Angebot an Nahrungsmitteln, was — übrigens auch bei den Entwicklungsländern — die stärkere Rolle der Grundnahrungsmittel bewirkt. Daß die Verbraucher der Zone dagegen mehr Butter verzehren sollen, obwohl der Kauf von Butter praktisch noch rationiert ist, sieht mehr nach einer Milchmädchenrechnung aus.

Für eine Anhebung des privaten Konsums — nicht nur bei Nahrungsmitteln — gibt es in der SBZ noch eine Fülle von Möglichkeiten. Die zugunsten der Zone vom Westen begehrt und ansonsten geplanten Importsteigerungen dienen aber fast ausschließlich der Versorgung mit Industriegütern. *Dr. Walter Meier*